

08.11.00**Antrag
der Länder
Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen**

**Entschließung des Bundesrates zur wirksameren Bekämpfung von
Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit**

Punkt 22 der 756. Sitzung des Bundesrates am 10. November 2000

Der Bundesrat möge beschließen, die Entschließung in folgender Fassung anzunehmen:

1. Die Diskussionen über die rechtsextremistischen Vorfälle in den letzten Wochen sind Anlass für den Bundesrat festzustellen, dass Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und jegliche Form von Gewalt weiterhin mit allen rechtsstaatlichen Mitteln entgegengetreten werden muss. Wer die Würde anderer Menschen missachtet, wer sie bedroht, einschchtert, angreift, verletzt oder gar tötet, stellt sich außerhalb der Werteordnung des Grundgesetzes. Auf solches Handeln werden Staat und Gesellschaft schnell, unmissverständlich und eindeutig reagieren.
2. Der Bundesrat bekräftigt, dass Toleranz gegenüber Andersdenkenden ein zentraler Bestandteil unserer Demokratie ist. Nur eine auf Toleranz, Verständigung und Weltoffenheit ausgerichtete Gesellschaft, in der ein ungehinderter Austausch von Wirtschaft und Wissenschaft möglich ist, kann sich in einer globalisierten Welt zukunftsfähig entwickeln und die Attraktivität Deutschlands als internationalen Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort sichern. Toleranz gegenüber Intoleranz wird es deshalb nicht geben.

Ausgeliefert am 09. NOV. 2000

3. Der Bundesrat ruft alle Bürgerinnen und Bürger auf, aktiv extremistischen Kräften entgegenzutreten, ihre Bedrohungen und Gewalttaten zu ächten.
4. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung alle Anstrengungen zur Entwicklung und Harmonisierung internationaler Standards bzw. Normen zu unternehmen, um extremistische und fremdenfeindliche Straftaten auch im internationalen Rahmen, z. B. im Zusammenhang mit dem Internet, verfolgen zu können.